



---

## **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**

9. Sitzung (öffentlich)

7. März 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Vorsitz: Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU)

Stenografin: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/400

Vorlagen 13/313, 13/321, 13/302 und 13/405

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung  
hier: Bereich Schule

Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit und Soziales,  
Qualifikation und Technologie  
hier: Bereich Weiterbildung

in Verbindung mit

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2001 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2001**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/402

in Verbindung mit

**Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2000 - 2004**

Drucksache 13/401

in Verbindung mit

**Zweite Ergänzung der Landesregierung zu dem Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

Drucksache 13/750

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung berät die von den Fraktionen vorgelegten Änderungsanträge, die von den Sprechern zunächst erläutert werden. Zu den Einzelberatungen wird auf Drucksache 13/805 und die darin enthaltenen Vorlagen 13/0516 und 13/0538 verwiesen.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt dem Einzelplan 05 - Bereich Schule - in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion zu.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt dem Einzelplan 15 - Bereich Weiterbildung - in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion zu.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Änderungsanträge der F.D.P.-Fraktion zum Einzelplan 20 - Bereich Schulbausanierung und Schulneubauten - zur Kenntnis.

Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU) wird als Berichterstatter benannt.

- 2**      **Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz**      11  
**(VO zu § 5 SchFG)**  
Vorlage 13/435

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt der Vorlage 13/435 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion zu.

- 3**      **Schulische Förderung Hochbegabter in Nordrhein-Westfalen**      11

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 13/107

in Verbindung damit

**Chancengerechtigkeit für Hochbegabte**

Entschließungsantrag der  
CDU-Fraktion zu Drucksache 13/107

Drucksache 13/837

in Verbindung damit

**Schulen für Hochbegabte in privater Trägerschaft  
Förderinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 13/108

in Verbindung damit

**Alle Begabungen und Talente optimal fördern**

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Drucksache 13/107

Drucksachen 13/140 und 13/389

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung lehnt den Antrag Drucksache 13/107 mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Stimmen der CDU-Fraktion gegen die Stimmen der F.D.P.-Fraktion ab.

Sodann lehnt der Ausschuss für Schule und Weiterbildung den Antrag Drucksache 13/108 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion ab.

Der Ausschuss stimmt dem Entschließungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 13/140 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion zu.

Der Entschließungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 13/837 wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

#### **4 Einheit in Vielfalt**

20

##### **Programm für eine erfolgreiche Politik der Integration**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/416

Dieser Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

\*\*\*\*\*

### Aus der Diskussion

#### 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/400  
Vorlagen 13/313, 13/321, 13/302 und 13/405

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung  
hier: Bereich Schule

Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie  
hier: Bereich Weiterbildung

in Verbindung mit

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2001 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2001**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/402

in Verbindung mit

**Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2000 - 2004**

Drucksache 13/401

in Verbindung mit

**Zweite Ergänzung der Landesregierung zu dem Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

Drucksache 13/750

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** berät die von den Fraktionen vorgelegten Änderungsanträge, die von den Sprechern zunächst erläutert werden. Zu den Einzelberatungen wird auf **Drucksache 13/805** und die darin enthaltenen **Vorlagen 13/0516** und **13/0538** verwiesen.

Im Folgenden sind nur noch Diskussionsbeiträge protokolliert, die wesentlich über die Darstellung in der genannten Vorlage hinausgehen.

**Manfred Degen (SPD)** erklärt, seine Fraktion habe sich bei den Änderungsanträgen von zwei Prinzipien leiten lassen. Im Bereich Weiterbildung seien verschiedene Anträge gestellt

worden, um auf die alten Ansätze zu kommen. Das betreffe auch die Ermessensmittel bei der politischen Bildung.

Die SPD-Fraktion habe im Dortmunder Beschluss festgelegt, dass im Bereich Schule nicht gekürzt werden solle. Das habe zur Folge, dass einige Ansätze, so auch die Reisekosten, im Haushalt wieder auf den alten Stand zurückgeführt werden müssten.

Zusätzlich seien 40.000 DM für das Landesinstitut vorgesehen, und zwar für eine Expertise, die im Bereich Weiterbildung eine differenzierte Rechnungslegung schaffen solle. Mit ihrer Hilfe werde man verfolgen können, inwieweit sich Einrichtungen der fünf Jahre gültigen Gesetzeslage mit Blick auf die Förderung der Weiterbildung anpassen würden. Auch könne man dadurch die Schwierigkeiten feststellen.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** bezeichnet den zwischen Rot und Grün verhandelten Haushalt als gut. Es werde damit begonnen, die in der Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung festgelegte Priorität für Bildung umzusetzen. Mit einer ersten Rate zusätzlicher Lehrerstellen werde die Unterrichtssituation an den Realschulen verbessert. Auch gehe es um eine Stärkung der Gesamtschulen und der Schulen für Lernbehinderte, um insbesondere in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf Defizite aufzuarbeiten, die Kinder und Jugendliche hätten.

Sie sollten mit Blick auf den Spracherwerb in den Klassen 5 und 6 qualifiziert werden. Das betreffe auch ein erfolgreiches Durchlaufen der Schullaufbahn in der Sekundarstufe I. Es sei ein gutes Signal, dass man Kinder und Jugendliche unterstütze, ihre Probleme zu bewältigen. Die Koalitionsfraktionen hätten sich darauf verständigt, dass ein Zuwachs an Lehrerinnen und Lehrern stattfinden müsse. Sie hoffe, dass man bis zur zweiten Lesung dokumentieren werde, in welchem Jahr in der Legislaturperiode welche neuen Stellen geschaffen würden. Das wäre ein gutes Signal für die Schulen in diesem Land, vor allem auch für die Verlässlichkeit von Rot und Grün.

Ein weiterer Bereich werde ausgebaut, nämlich die Ganztagsbetreuung an den Schulen. Der Zuwachs solle in der Endstufe 50 Millionen DM betragen. Es werde damit begonnen, zusätzliche Gruppen in den Primarschulen für Nachmittagsangebote einzurichten. Auch für Silentien würden zusätzliche Mittel bereitgestellt, sodass mehr Kinder bei der Erledigung ihrer Hausaufgaben Unterstützung fänden. Auch das trage dazu bei, die Qualität schulischer Arbeit zu verbessern.

Was das sich abzeichnende Erfolgsmodell der Frühförderung von Kindern mit Sprachschwierigkeiten angehe, so sei schon im Nachtragshaushalt eine Aufstockung erfolgt. Das Programm werde von den Kommunen angenommen. Es erfolge eine weitere Aufstockung.

Bezüglich der neuen Medien seien die Ausstattung der Schulen und die Fortbildung in den Blick zu nehmen. Durch den Einsatz der neuen Medien werde sich die Schule sehr verändern. Dabei komme es darauf an, die Lehrerinnen und Lehrer zu qualifizieren. Durch eine deutliche Aufstockung solle eine umfassende Qualifizierung sichergestellt werden.

Bei der Weiterbildung spiele die Verlässlichkeit eine große Rolle. Es gebe einen Bestandschutz für die Mittel aus den Vorjahren. Man müsse die Entwicklung in den nächsten Jahren

beobachten. Trotz einer Umstrukturierung und einiger Veränderungen in der Weiterbildungslandschaft könnten sich die Träger darauf verlassen, dass die Mittel weiterhin zur Verfügung stünden.

Im Koalitionsvertrag hätten sich Rot und Grün darauf verständigt, dass der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen begutachtet werden solle. Ziel sei es, in jedem Kreis, in jeder Stadt ein Angebot in der Sekundarstufe I zur Verfügung zu stellen. Die Begutachtung solle in diesem Jahr stattfinden. Dafür stünden jetzt Mittel bereit, sodass aus dem Modellversuch und den sonderpädagogischen Fördergruppen Konsequenzen gezogen werden könnten.

Ein weiterer Punkt betreffe das Modellvorhaben "NRW-Schule 21". Für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und vorbereitende Maßnahmen würden in diesem Jahr 350.000,- DM im Haushalt bereitgestellt. Auch wenn der Haushalt nicht alle Wünsche abdecke, die man als Bildungspolitikerin habe, müsse man feststellen, dass eine solide Finanzierung vorliege und Schritte in die richtige Richtung gemacht würden.

**Marie-Theres Ley (CDU)** kann sich der Einschätzung nicht anschließen, dass ein solider Haushalt vorgelegt worden sei. Im Vergleich zu dem ursprünglichen Entwurf seien natürlich einige Verbesserungen erreicht worden. Insgesamt handele es sich bei den von Frau Löhrmann aufgeführten Punkten um Stückwerk. Sie vermisse die große Linie.

Die CDU-Fraktion habe sich bei ihren Anträgen an der aktuellen Situation der Schulen vor Ort orientiert. Danach setze sie sich für die Wiedereinführung einer 3%igen Stellenreserve ein. Hinzu kämen 3.950 neue Lehrerstellen und eine Anhebung von 1.350 Stellen. Die CDU-Fraktion lege auch zwei Deckungsvorschläge vor. Zum einen solle das Programm "Geld statt Stellen" auslaufen und das eingesparte Geld für die Stellenreserve eingesetzt werden. Das Programm "Geld statt Stellen" habe sich nicht bewährt. Des Weiteren schlage die CDU eine Absenkung des Personalhaushaltes im gesamten Landeshaushalt um 1,5 % vor. Diese Einsparungen sollten dem Schulbereich und auch einer besseren Ausstattung der Polizei zugute kommen.

Dass man 1,5 % in einem Landeshaushalt einsparen könne, habe man im letzten Bundeshaushalt unter der Regierung Kohl sehen können. Angesichts des großen Verwaltungsaufwandes, der zurzeit nötig sei, um an die einzelnen Töpfe heranzukommen, sollte man die Situation in allen Schulformen konsequent verbessern.

**Ralf Witzel (F.D.P.)** erklärt, die F.D.P.-Fraktion bleibe bei den Haushaltsberatungen im Bildungsbereich dem treu, was sie bisher vertreten habe. Sie liefere auch die haushaltmäßige Abdeckung der bildungspolitischen Vorstellungen. Bezogen auf den gesamten Landeshaushalt fehlten für den Bereich Schule und Weiterbildung Mittel in einer Höhe von 1,5 Milliarden DM.

Frau Löhrmann habe gerade viel über Verlässlichkeit gesprochen. Das treffe auch auf die Finanzpolitik zu: Der Bildungsbereich in Nordrhein-Westfalen sei verlässlich und chronisch unterfinanziert. Im Schulbereich müssten eine Milliarde DM mehr für Personal zur Ver-

besserung der Unterrichtssituation, für mehr Bildungsqualität zugunsten der Schüler, für kleinere Klassen und mehr Verlässlichkeit in der Unterrichtsversorgung zur Verfügung gestellt werden. Auch müssten mehr Mittel zur Motivation der Lehrer, zur Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufes, für Laufbahn- und Entwicklungsperspektiven und für einen Stopp der Lehrerberwanderung in andere Bundesländer eingesetzt werden.

Frau Ley habe bereits über die Notwendigkeit der Einrichtung neuer Stellen gesprochen. Die Vorstellungen der Regierung und auch der CDU gingen ihm nicht weit genug. Die F.D.P.-Fraktion vertrete weitergehende Positionen und werde von daher auch vieles von der CDU ablehnen.

Neben einer Milliarde DM mehr für Personalstellen setze sich die F.D.P.-Fraktion für eine massive Initiative für Schulbausanierung und Schulneubauten von 310 Millionen DM in der Summe der einzelnen Haushaltspositionen ein. Der Multimediabereich sollte mit 185 Millionen DM inklusive zusätzlicher Lehrerfortbildung ausgestattet werden.

Über die Probleme, die sich aus der Abschaffung der Stellenreserve in den 90er-Jahren ergeben hätten, habe der Ausschuss schon an anderer Stelle diskutiert. Die F.D.P.-Fraktion setze sich nicht nur für qualitativ mehr Stellen ein, sondern wolle auch unterwertige Arbeitsverhältnisse aus Mangelprogrammen der Landesregierung wie z. B. "Geld statt Stellen" abschaffen und die Stellen in reguläre Personalstellen umwandeln, die für die Betroffenen eine verlässliche berufliche Perspektive darstellten.

Er freue sich über die Bereitschaft der rot-grünen Mehrheitsfraktionen, die Kürzungen im Bereich Weiterbildung der Planungssicherheit für die Einrichtungen wegen zurückzunehmen. Bei diesen Vorschlägen stimme die F.D.P.-Fraktion mit denen der Regierungsfractionen überein. Größter Mangel im Bereich der Weiterbildung sei allerdings das Fehlen eines Haushaltsansatzes und einer politisch-inhaltlichen Konzeption eines Weiterbildungscontrollings.

Wenn man die gesamte Weiterbildung im Land Nordrhein-Westfalen angesichts der Bedeutung dieses Bereiches im Rahmen des lebenslangen Lernens vernünftig durchleuchten und sich Gedanken über Qualitätsverbesserungen und die Weiterentwicklung von Angeboten im Rahmen eines langfristig angelegten Evaluationsprozesses machen wolle, brauche man für eine Konzeptentwicklung, die weite Teile der Weiterbildung umfasse, einen eigenen Haushaltstitel. Die F.D.P.-Fraktion fordere die Einrichtung eines solchen Haushaltstitels in Höhe von 10 Millionen DM für Weiterbildungskonzeptionen und Evaluationsmaßnahmen.

Ein rein destruktives statistisches Berichtswesen liefere bei weitem nicht die Aussage eines Erfolgscontrollings, die man für die qualitative Weiterentwicklung bei der zentralen Bedeutung des lebenslangen Lernens zukünftig brauche.

**Manfred Degen (SPD)** äußert den Eindruck, dass Herr Witzel, wenn man die Vorstellungen einmal übertrage, im Bereich der Weiterbildung zehn Schiedsrichter aufs Spielfeld schicken wolle, damit der Rest der Spieler besser überwacht werden könne. Das, was in Angebote investiert werde, und das, was Herr Witzel in die Kontrolle der Angebote investieren wolle, stehe im keinem Verhältnis zueinander. Das Paket der F.D.P., das eine Milliarde DM



umfasse, habe er am Mogen in seinem Fach gefunden. Jetzt solle der Ausschuss darüber befinden. Er spreche der F.D.P. die ehrliche Absicht ab, zu den Haushaltsberatungen konstruktiv etwas beizutragen.

Was die Stellenreserve angehe, so treffe es nicht zu, dass mit Abschaffung der Stellenreserve die Probleme des Unterrichtsausfalls begonnen hätten. Die Probleme des Unterrichtsausfalls hätten zu keiner Zeit so im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen gestanden wie zu der Zeit, als man in allen Schulformen eine vierprozentige Stellereserve und in jedem Schulkapitel mindestens 1.000 kw-Vermerke gehabt habe, als also die Schulen gut mit Personal ausgestattet gewesen seien.

Er rege an, sich gemeinsam in der Frage Bekämpfung des Unterrichtsausfalls um eine Lösung zu bemühen. Diese Lösung sei aber sicher komplizierter als eine Verlagerung von Mitteln auf ein Instrument, das sich nicht bewährt habe, von dem Herr Witzel selbst einmal gesagt habe, dass das Instrument anders sein müsse. Wie es genau aussehen sollte, habe er nicht verraten.

Die F.D.P.-Fraktion setze klare Prioritäten im Bildungsbereich, was natürlich mit massiven Einschnitten an anderen Stellen verbunden sei, stellt **Ralf Witzel (F.D.P.)** heraus. Wenn eine Fraktion dies so sehe und ihre Vorschläge große Fortschritte für den Bildungsbereich bringen würden, sei es natürlich für ihre Bildungspolitiker angenehm, diese Vorschläge vorzustellen. Man sollte sich gegenseitig nicht die Redlichkeit dessen absprechen, was man in der Sache vertrete.

Nun treffe es auch nicht zu, dass die F.D.P. über Nacht irgendwelche Notwendigkeiten erkannt hätte und neue Förderbereiche fordere, über die man sich nie unterhalten habe. Er fände es sehr schade, wenn die SPD den Anträgen, denen sie ansonsten zustimmen würde, nicht zustimmen könne, weil sie so kurzfristig eingereicht worden seien.

Sicher könne man sich unter Demokraten über unterschiedliche Vorstellungen und unterschiedliche Schwerpunktsetzungen streiten. Er sei es aber leid, wenn man als Mehrheitsfraktion signalisiere, dass man keine Lust habe, sich mit den Anträgen aus der Opposition auseinander zu setzen.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** gibt an, sie habe sich das Paket der F.D.P. am Vortage bereits angeschaut. Auch wenn es wunderbar klinge: Es sei finanzpolitisch unseriös. Es werde auf ungedeckte Schecks gesetzt. Selbst wenn man eine politische Mehrheit dafür hätte, könnte man das nicht umsetzen. Um bestimmte Dinge anzupeilen, brauche man einen gewissen Vorlauf.

Ihre Fraktion setze auf Seriosität. Die Vorschläge entsprächen auch nicht dem Ansatz einer nachhaltigen Finanzpolitik, so gerne sie als Schulpolitikerin auch mehr Lehrerstellen, eine Verbesserung der Klassenfrequenzen und anderer Entlastungen für die Schulen begrüße. Man könne nicht gleichzeitig Steuersenkungen für die Bevölkerung, für Unternehmen umsetzen und gleichzeitig überall draufsatteln. Insofern sei es beachtlich, wenn man den Bildungsbereich im Rahmen der Haushaltsberatungen um 50 Millionen DM aufstocke - das sei in den

vergangenen Jahren so nicht gewesen -, was ein Zeichen für die neue Priorität, auch für das neue Klima in der Koalition sei.

Die CDU habe sich bemüht, ihre Vorschläge anders zu gestalten. Im Wesentlichen bezögen sich ihre Vorschläge auf den Vertretungsunterricht, wohingegen die Koalitionsfraktionen strukturell in die Realschulen gingen und auch in die Bereiche, in denen Jugendliche Defizite hätten. Es werde deutlich, wo seriös im Sinne einer Gesamtverantwortung und wo mit ungedeckten Schecks gearbeitet werde.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimme den F.D.P.-Anträgen nicht zu, weil sie keinem stimmigen Konzept entsprächen. Ihre Fraktion nehme das Thema Bildung sehr ernst und arbeite perspektivisch daran.

**Hans-Martin Schlebusch (CDU)** kommt auf das Programm "Geld statt Stellen" zurück. Diskussionen mit Elternvertretern an Gymnasien und mit Schulleitungen zeigten, dass das Instrument "Geld statt Stellen" nicht mehr greife. Es sei kein Mittel, um Unterrichtsausfall, der längerfristig andauere, zu bewältigen.

Am Vortage habe er in Mülheim zu einer Veranstaltung mit 70 Eltern eingeladen. Da sei über das Instrument mit Schulleitern von Grundschulen gesprochen worden.

Zum Thema Zeitbudget an den Hauptschulen: Für 10 % der Hauptschulen und 10 % der Gymnasien solle es zu Verbesserungen kommen. Die Bezirksregierung seien bereits im Januar angewiesen worden, dafür zu sorgen, dass die Anträge auch gestellt werden könnten. Er frage, was mit dem Zeitbudget in Zusammenhang mit den Hauptschulen erreicht werden solle. Es seien 10 % der Hauptschulen, die besonderen Belastungen unterlägen.

Herr Schlebusch meine wohl das Programm, das die Ministerin verkündet habe, um den Übergang von Schule in Beruf für diejenigen, die es besonders schwer hätten, zu erleichtern, stellt **Manfred Degen (SPD)** heraus. Ursprünglich habe man vorgesehen, einen Teil der Stellen aus dem Zeitbudget abzudecken. Bei den Beratungen über die zusätzlichen Lehrerstellen, die in diesen Haushalt eingebracht werden sollten, habe die SPD-Fraktion sich für die 500 Stellen für die Realschulen ausgesprochen.

Nach Meinung der **Ute Schäfer (SPD)** müssen die Fraktionen ihre Anträge, über die der Ausschuss beraten solle, im Vorfeld vorlegen. Es gehe nicht an, Tischvorschläge über mehrere Milliarden DM zu machen.

Frau Ley habe ausgeführt, dass sie die Stellenreserve für ein gutes Mittel halte, um den Unterrichtsausfall aufzufangen. In dem Zusammenhang verweise sie auf die Kleine Anfrage 200 der Abgeordneten Kufen und Solf "Schulische Integrationshilfen für ausländische und ausgesiedelte Schülerinnen und Schüler ohne erforderliche Deutschkenntnisse" - vgl. Drucksache 13/646. In dieser Anfrage werde unter Punkt 4 gefragt, in welcher Weise sichergestellt werde, dass diese Integrationsstellen nicht für den Grundbedarf der Schulen verwendet würden.

Es werde also bezweifelt, dass Schulen die Stellen richtig verwendeten. Das sei für sie ein Widerspruch.

Auf der einen Seite bezweifelten Kollegen von der CDU die Wirksamkeit eines solchen Instrumentes, auf der anderen Seite forderten sie es für den Unterrichtsausfall ein.

**Ralf Witzel (F.D.P.)** hat keine Probleme damit, wenn man über Zielsetzungen verschiedene Auffassungen vertritt. Wenn eine Fraktion meine, sie müsse den Ausbau von Radwegen, von Kaulquappentunneln und Radstationen im bisherigem Umfang weiterbetreiben, sei das eine legitime demokratische Auffassung. Genauso legitim sei es für eine andere Fraktion zu sagen, sie bleibe haushaltsneutral, mache deshalb keine unseriöse Finanzpolitik, wolle aber für den Bereich Schule und Weiterbildung in Höhe von 1,5 % des Gesamtetats Korrekturen vornehmen. Natürlich könne man das nicht für jeden Bereich fordern. Wenn die Bildungspolitiker und alle anderen Fachpolitiker für ihre Bereiche mehrere Milliarden fordern würden, könne man von unseriöser Haushaltspolitik sprechen. Das werde man aber in seiner Fraktion nicht erleben.

Die F.D.P. habe klar Schwerpunkte gesetzt. Wenn man in anderen Bereichen kurzfristig keine Deckungen bekommen könne, müsse man mit globalen Mindereinnahmen für andere Haushaltstitel arbeiten. Der Bereich Bildung sei der Förderschwerpunkt der F.D.P. Hier stünden die Mehrausgaben, die Minderausgaben würden in anderen Bereichen angesiedelt. Wenn die Abgeordneten davon überzeugt seien, dass es nicht möglich sei, Umstrukturierungen im Landeshaushalt in einer Größenordnung von 1,5 % vorzunehmen, dann könne sich das Parlament auch abschaffen. Das Parlament nehme als zentrale Funktion die Verabschiedung des Haushaltsgesetzes wahr und trage die Haushaltsverantwortung. Wenn man nicht einmal den politischen Willen äußern dürfe, den Bereich Schule und Weiterbildung in einer Größenordnung von 1,5 % des gesamten Landeshaushaltes aufzustocken und keine Möglichkeit bestehe, Handlungsfähigkeit zu beweisen, dann sei die Tätigkeit der Abgeordneten für die Bevölkerung zu teuer und überflüssig.

Auch wenn die Koalitionsfraktionen 50 Millionen DM für die Bildung zusätzlich ausgäben, dürfe man nicht vergessen, dass der Ansatz äußerst unbefriedigend sei, meint **Marie-Theres Ley (CDU)**.

Zur Stellenreserve: Die Diskussion gerade habe gezeigt, um was für ein Flickwerk es hier gehe. Niemand wisse, aus welchem Topf etwas komme. Frau Schäfer verwechsle das Geld, das für Migrantenkinder eingesetzt werden solle, mit Stellenreserve. Sie wisse gar nicht, was mit Stellenreserve gemeint sei. Das zeige auch, dass die verschiedenen Töpfe, die man im Augenblick habe, auf den Prüfstand gehörten. Sie nehme gerne das Angebot an, gemeinsam zu überlegen, wie man den Unterrichtsausfall bekämpfen könne.

Sodann ruft **Vorsitzender Dr. Heinz-Jörg Eckhold** die einzelnen Änderungsanträge auf.

Den laufenden Antrag Nr. 23 der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Sachhaushalt) bezüglich **Kapitel 05 310 - Öffentliche Schulen - Titel 653 20 - Zuweisungen an Gemeinden für Grundschulen zu vorschulischen Förderung in der deutschen Sprache für Kinder aus Migrantenfamilien** - nimmt **Marie-Theres Ley (CDU)** zum Anlass zu fragen, ob in dem Fall, dass die vorschulische Förderung an den Kindergarten angebunden werde, auch Gelder zur Verfügung stünden.

Es handele sich um Zuweisungen an die Gemeinden, hebt **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** hervor. Die Gemeinden entschieden in eigener Verantwortung, wie sie die Maßnahmen vor Ort am besten organisierten. Die RAA hätten zum Teil gute Vorarbeiten gemacht. Jetzt müsse man Erfahrungen sammeln. Dann könne man sehen, was man den Gemeinden für die Umsetzung dieser Maßnahmen am besten empfehle.

Die **Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung, Gabriele Behler**, verweist auf die Arbeitsgruppe, die die Maßnahmen inhaltlich und qualitativ auswerten werde. Danach werde es eventuell zu Änderungen kommen.

Die beantragte Erhöhung decke vorhandene Anträge ab, die sich in der Regel rund um die Schule organisierten, aber nicht zwingend an der einzelnen Schule stattfänden. Der Erlass sei offen formuliert. In der Regel liefen die Maßnahmen über die Grundschulen. Jetzt lägen mehr Anträge vor, als man mit dem bisherigen Ansatz positiv bescheiden könne. Der Nachfrage werde entsprochen. Die strukturelle Frage bleibe davon unberührt und werde weiter diskutiert und geklärt.

**Manfred Degen (SPD)** hält fest, der zunächst in Höhe von 1,2 Millionen DM vorgesehene Baransatz sei auf 2.400.000 DM erhöht worden. Das sei eine Verdoppelung.

Zu Antrag Nr. 5 der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Personalhaushalt) bezüglich **Kapitel 05 320 - Öffentliche Hauptschulen - Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)** - fragt **Hans-Martin Schlebusch (CDU)**, ob die Regierungsfraktionen davon ausgingen, dass 150 neue Lehrer für die Hauptschulen gefunden werden könnten. Auch bitte er um eine Beschreibung der Aufgaben, die die Lehrer erfüllen sollten.

Nach Aussage der **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** stellt sich die erste Frage bei jeder Stellenneuschaffung, auch bei der Einrichtung einer Stellenreserve. Man müsse ja das Personal für die Stellen bekommen.

Zum Aufgabenbereich: Nun gebe es den Ansatz, dass es bei den Schülerinnen und Schülern in den Klassen 5 und 6 Defizite in den sprachlichen Kompetenzen gebe. Das andere Aufgabenfeld betreffe die Kinder und Jugendlichen in den Klassen 7 und 8, die Schwierigkeiten hätten, einen qualifizierten Sekundarstufenabschluss zu erreichen. In Zusammenarbeit mit Betrieben

sollten unterstützende Maßnahmen erfolgen, damit die Jugendlichen einen qualifizierten Abschluss der Sekundarstufe I erreichen und einen erfolgreichen Start ins Berufsleben vornehmen könnten.

Der Sachverhalt sei sehr komplex. Man müsse sich zunächst mit einer Senkung der Schüler-Lehrer-Relationen befassen, was die Förderung und Begleitung der Kinder und Jugendlichen wesentlich tangiere, unterstreicht **Ralf Witzel (F.D.P.)**. Die F.D.P. werde diesem Antrag nicht zustimmen, weil dieser Antrag in der Gesamtproblematik nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sei. In diesem Bereich sollte man sich über ganz andere Fragen unterhalten.

In der Orientierungsstufe seien ganz andere Schüler-Lehrer-Relationen notwendig. Gerade an vielen Hauptschulen spiele die Rückläuferproblematik eine große Rolle, was auch mit den Grundschulgutachten zu tun habe. Zum Teil würden Kinder von Gymnasien zu Hauptschulen durchgereicht. Ganze Klassenverbände würden gesprengt. An der Stelle sollten die Koalitionsfraktionen wenigstens einmal Flexibilität zeigen und die Schüler-Lehrer-Relation deutlich senken. Vom Grundsatz her habe er natürlich nichts dagegen, wenn Lehrer zusätzlich eingestellt würden. Wenn man aber dieses Vorhaben nicht in ein Gesamtkonzept einsortiere und keine komplexeren Vorschläge mache, sei das für ihn nicht zustimmungsfähig.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** hat gelernt, dass, wenn man die Welt verändern wolle, es leichter falle, wenn man schrittweise vorgehe. Entscheidend sei die Richtung. Die Schritte seien im Übrigen bei 300 Stellen durchaus beachtlich. Wenn man immer nur alles oder gar nichts fordere, lande man in der Opposition.

**Klaus Kaiser (CDU)** bezeichnet das Konzept der CDU als stringenter. Natürlich habe die CDU nichts dagegen, wenn die Koalitionsfraktionen überhaupt mitsprächen, wenn auch nicht konsequent genug. Da es sich um einen Schritt in die richtige Richtung handele, stimme die CDU-Fraktion dem Antrag zu.

**Vorsitzender Dr. Heinz-Jörg Eckhold** teilt mit, die F.D.P.-Fraktion habe auch Anträge zum Einzelplan 20 vorgelegt. Es sei aber üblich, diese Anträge in dem Ausschuss zu beraten, in dem auch über sie abgestimmt werde. Er schlage vor, dass der Ausschuss die Anträge zur Kenntnis nehme, aber nicht weiter darüber befinde.

**Ralf Witzel (F.D.P.)** meint, auch wenn die Detailberatung im Wesentlichen im Unterausschuss "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses stattfinden werde, gehöre die politische Bewertung an diese Stelle.

Mit dem Thema Schulbausanierung hätten sich die Abgeordneten in der letzten Plenarsitzung befasst. Die Bevölkerung habe den Eindruck gewonnen, dass das Land mehr Mittel für Schulbausanierung und Schulneubauten zur Verfügung stellen wolle. Das Ganze sei aber ein

reiner Taschenspielertrick, was auch die grünen Kommunalpolitiker entlarvt hätten. Wenn man es mit der Problematik Schulbausanierung und Schulneubauen ernst meine, müsse man - unter welchen Haushaltsstellen auch immer - im Haushalt deutlich machen, dass unterm Strich mehr Zahlungsströme in diesen Bereich gingen. Wenn Mittel, die bisher frei zugewiesen worden seien, jetzt zweckgebunden zugewiesen würden, sei das ein schöner Taschenspielertrick.

Die Entscheidung werde letztlich an anderer Stelle fallen. Da es aber um ein Sachproblem gehe, das jede Kommune an der einen oder anderen Stelle betreffe, appelliere er an die Fraktionen, darauf hinzuwirken, dass es hier erhöhte Ansätze gebe.

**Manfred Degen (SPD)** verwarft sich gegen den Begriff Taschenspielertrick an dieser Stelle. Ein Taschenspieler versuche zu verschleiern, was er mache. Die Koalitionsfraktionen hätten in Presseveröffentlichungen offen gesagt, woher die 100 Millionen DM, die für Schulneubauten draufgelegt würden, kämen. Er bitte doch, sich die Begründung anzuschauen.

Zum Verfahren selbst: An den Diskussionen seien natürlich auch die Schulpolitiker beteiligt gewesen. Auch habe es direkte Gespräche mit den Kommunalpolitikern gegeben. Er sehe keinen Bedarf, darüber im Schulausschuss weiter zu diskutieren.

**Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt dem Einzelplan 05 - Bereich Schule - in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion zu.**

**Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt dem Einzelplan 15 - Bereich Weiterbildung - in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion zu.**

**Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Änderungsanträge der F.D.P.-Fraktion zum Einzelplan 20 - Bereich Schulbausanierung und Schulneubauten - zur Kenntnis.**

**Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU)** wird als Berichterstatter benannt.